



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Wie wir vorausgesehn, hat seit dem Schluß des preussischen Landtags das Geschrei der mittel- und süddeutschen Presse gegen Preußen sich nicht gemindert, sondern vermehrt. Indessen ist es ein Vortheil, daß jetzt der Controverspunkt anfängt deutlicher hervorzutreten. Mehr und mehr stellt sich heraus, daß in der Presse zwei alte Parteien sich bekämpfen, die man mit zwei Städtenamen als die Bamberger und die Gothaer zu bezeichnen pflegte, oder noch früher die Großdeutschen und die Kleindeutschen. Diesen sehr alten und historisch begründeten Gegensatz auf zufällige und kleinliche Motive zurückführen zu wollen, ist ein höchst abgeschmackter Taschenspielerkniff, dessen sich namentlich die bairischen Blätter bedienen.

Bis jetzt war dieser Gegensatz nicht so deutlich hervorgetreten. In der Agitation gegen Preußen fanden sich sehr verschiedenartige Elemente zusammen: der alte Franzosenhaß, der gerechte Zorn gegen einen Kaiser, der sein eignes Land knechtet und einem andern die Freiheit verspricht; das deutsche Nationalgefühl, der Eifer für die katholische Sache und noch vieles andere. Das Hauptmittel aber der ganzen Agitation war eine höchst wunderliche Vorstellung des deutschen Publicums von den Verpflichtungen Preußens.

Der echte deutsche Philister stellt sich nämlich Preußen als den Portier des heiligen römischen Reichs vor, der die Verpflichtung habe, die Straße zu kehren und alle überlästigen Gäste zu entfernen. Sobald irgendwo die Actien fallen, so hat man den entschiedenen Argwohn, daß Preußen durch seine Nachlässigkeit daran Schuld sei. Die Sache ist nicht um ein Haar breit übertrieben. Bei jeder einbrechenden Noth erinnert man sich daran, daß Preußen als Militärstaat die Aufgabe habe, Deutschland zu retten. Ist dann die Noth vorüber, so sucht man allen möglichen Tadel zusammen, über das Geschick und Ungeschick seines Benehmens u. s. w. So hat man jetzt die grenzenlose Unverschämtheit, sogar in Blättern, die auf einige Sachkenntniß Anspruch machen, den Mangel einer deutschen Flotte Preußen beizumessen. Die alte sogenannte deutsche Flotte war auf das Zustandekommen eines centralisirten Bundesstaats berechnet und zum großen Theil mit preussischem Gelde eingerichtet, da Oestreich, im Besiz einer eignen Flotte, die Betheiligung ablehnte. Sollte nun etwa der Bundestag ein deutsches Admiralitätscollegium zusammensetzen? Was aber die preussische Flotte betrifft, so vergesse man doch ja nicht, daß dasselbe Hannover, welches sich jetzt als Vorsechter der deutschen Einheit gerirt, der Erwerbung des Fahdebusens und namentlich der Communication desselben mit dem übrigen preussischen Gebiet die ernstesten Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat; Schwierigkeiten, die noch heute nicht überwunden sind, aber hoffentlich jetzt ihrer Erledigung entgegensehn.

Bei diesen unbestimmten Vorstellungen des Publicums wendet man die gar nicht ungeschickte Taktik an, die preussische Politik der Jahre 1850—1858 als maßgebend für Preußen zu bezeichnen und fortwährend daran zu erinnern, daß Preußen

Schleswig-Holstein, Hessen-Kassel aufgeopfert und die deutschen Kleinstaaten, die es vorher zur Union angeregt, im Stich gelassen habe. Leider sind diese Vorwürfe sehr gerecht und die Kläglichkeit der damaligen preussischen Politik, die jetzt glücklicherweise beseitigt ist, hat nirgend eine schärfere Kritik erfahren als in der Partei, welcher wir angehören. Aber eine eigne Dreistigkeit ist es, wenn grade die Organe derjenigen Coalition, welche Preußen in jene Bahn trieb, solche Vorwürfe aussprechen. Man mag über die Schwäche der ostmüger Politik sehr geringschätzig denken, schlimmer war doch wol die Politik derer, welche jene Schwäche gegen Deutschland ausgebeutet haben. Ja es sind grade diejenigen Organe, die für das Ministerium Manteuffel-Westphalen schwärmten und die Veränderungen des vorigen Jahres mit großem Mißtrauen betrachteten, welche jetzt, um das neue Ministerium zu verdächtigen, das alte, ihm feindlich entgegengesetzte, von ihnen gepriesene als den fortwährenden Repräsentanten der Schwäche Preußens darstellen.

Dieses unbestimmte Hin- und Herreden hat jetzt wenigstens eine bestimmtere Richtung gewonnen. Von demjenigen Theil der Presse, welcher bisher der Agitation widerstand, wird jetzt die Nothwendigkeit hervorgehoben, bei dem Ausbruch eines Krieges gegen Frankreich Preußen an die Spitze der deutschen Streitkräfte zu stellen; einige heftige Aeußerungen des Grobsten abgerechnet, die, wie wir glauben, sehr unvorsichtig fielen, hat die bisherige Agitation für die Frage noch keinen bestimmten Standpunkt gefunden. Daß er sich aber finden und ein feindlicher sein wird, läßt sich mit mathematischer Gewißheit berechnen.

Man vergesse dabei nicht, daß es sich hier nur zwischen Presse und Presse handelt. Wenn die Gegner aus den Forderungen desjenigen Theils der Presse, auf dessen Seite wir stehn, auf einen Entschluß der preussischen Regierung schließen, so sind sie besser unterrichtet als wir.

Wir können das Geständniß nicht zurückdrängen, daß die letzten Verhandlungen des preussischen Landtags auf uns keinen erhebenden Eindruck gemacht haben. Es scheint uns, als sei zu viel oder zu wenig gesagt worden; zu viel, wenn man zwischen den beiden kriegführenden Mächten wirklich vermitteln, zu wenig, wenn man sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen wollte. Freilich sind Thaten besser als Worte, und wenn die Verhandlungen in Wien, München und andermwärts zu einer realen Verständigung geführt haben, so wird es uns ziemlich gleichgiltig sein, ob die Redensarten, welche bei der Gelegenheit fielen, geschickt oder ungeschickt waren. Aber noch sehen wir nichts davon, und noch klingen uns immer die Worte des Herrn von Schleiniß ins Ohr, der die gute Absicht der süddeutschen Presse sehr warm anerkannte, es sehr beklagte, daß sie gegen Preußen so ungerecht sei, und sich mit seiner Unschuld tröstete. Unschuld ist im Privatleben eine sehr gute Sache, aber nicht grade diejenige Eigenschaft, durch welche eine Großmacht sich einer Bewegung bemeistert. Grade weil wir von der Ehrlichkeit der preussischen Politik fest überzeugt sind, halten wir ihre jetzige Zurückhaltung für übel angebracht. Laut und offen muß es verkündet, aller Welt ins Ohr gerufen werden, damit auch die Tauben es hören, was Deutschland jetzt vor allen Dingen Noth thut. Durch geheime diplomatische Unterhandlungen wird man es nie erreichen und die bloße negative Forderung, nicht gedrängt zu werden, ruft ganz natürlich diejenige Antwort hervor, die man jetzt vom Bundestage aus hört.

Wenn wir aber die Forderung des deutschen Volkes, daß Preußen sich über seine Absichten erkläre, sehr natürlich finden, so müssen wir auf der andern Seite daran erinnern, daß von den Absichten der andern Staaten ebenso wenig verlautet. Sie sind sehr kriegerisch gestimmt, sie sind entschieden für Oestreich, aber das ist doch noch nicht alles. Ob sie das Commando der Bundesarmee wirklich in die Hände des Bundestages legen, oder jeden Staat für sich fechten lassen wollen? darüber ist noch ebenso wenig bekannt, als über die Ansprüche Preußens.

Und dabei darf man noch nicht vergessen, daß den Mittelstaaten viel mehr daran gelegen sein muß, Preußen zum Kriege zu gewinnen als umgekehrt. Haben sie denn irgend etwas dazu gethan, Preußen auf freundlichem Wege für ihre Absichten zu gewinnen? Was officiell darüber verlautet, deutet auf einen ganz andern Weg. Formel kann man es den Mittelstaaten freilich nicht verargen, wenn auch sie im Bundestage das Recht der Initiative in Anspruch nehmen; aber was soll denn geschehn, wenn Preußen, wie es bereits gedroht, sich der Bundesmajorität in diesem Fall nicht fügt? Will man Execution gegen Preußen verhängen? oder will man ohne Preußen gehn?

Möchten beide Theile recht bald erkennen, daß eine Einigung, eine schnelle Einigung Noth thut, wenn die Sache nicht unauflöslich verwickelt werden soll. Mit der Localisirung des Krieges ist es nichts. Auch wenn wir die aufschneiderischen Projecte Kossuths und anderer aus dem Spiel lassen, so wird der Kaiser Napoleon, wenn er siegreich ist, schwerlich die Neutralität derjenigen östreichischen Provinzen gelten lassen, die zum Bundesgebiet gehören, und selbst mit der Neutralität der andern deutschen Staaten scheint es zweifelhaft, seitdem östreichische Truppen in großer Zahl durch Sachsen und Baiern zum Kriegsschauplatz befördert werden. Jeder Tag, der verloren geht, bevor Deutschland sich einigt, kann verhängnißvoll werden; und hier kann nach unserer Ueberzeugung Preußen das Beste thun, indem es klar und bestimmt, energisch und offen mit seinen Ansprüchen hervortritt, indem es sich nicht bloß an die Cabinete, sondern auch an die Nation wendet, die jetzt wieder eine Macht, ja die als Macht wiederum anerkannt ist. Steckt man doch in Baiern wieder die Tricolore auf! Dies könnte man nun freilich ruhen lassen, sie weckt keine angenehmen Erinnerungen, aber wenn das deutsche Volk sich überzeugt, daß Preußens Ansprüche gerecht, und zum Gedeihen der allgemeinen Sache nothwendig sind, so wird der Particularismus nirgend stark genug sein, diesem Strom zu widerstehn. Ihn aber jetzt anzuklagen, wo er sich noch mit völliger Unwissenheit entschuldigen kann, ist wenigstens voreilig. † †

Nachtrag. 30. Mai. — Es sind in diesen Tagen noch einige Thatfachen eingetreten, die eine Berücksichtigung erfordern.

Zunächst haben nicht bloß die diplomatischen Agenten Preußens, Englands und der Türkei der neuen Regierung von Toscana ihre Anerkennung versagt, was sich von selbst verstand, sondern auch der Bevollmächtigte Rußlands hat sich diesem Act angeschlossen. Unter diesen Umständen wird wol die Frage erlaubt sein, auf welchen Nachrichten das so zuversichtlich angekündigte russisch-französische Bündniß denn eigentlich beruht? Daß in Oestreich alles Mögliche gethan wurde, um den Glauben an dieses Bündniß in Deutschland zu verbreiten, ist sehr begreiflich,

aber das deutsche Publicum muß angeichts dieser Thatfachen doch einigermaßen irre werden.

Der Kaiser von Oestreich ist gestern Vormittag wirklich zur italienischen Armee abgereist. Zwar verlautet, daß General Willisen seine Unterhandlungen mit dem Grafen Rechberg noch fortzusetzen gedenkt, auch spricht man von guten Rathschlägen des Fürsten Metternich über die Ertheilung einer Verfassung u. dgl.; die Annahme ist aber wol nicht gewagt, daß, was in der Anwesenheit des Kaisers nicht geschehn ist, nach der Abreise desselben schwerlich seine Erledigung finden wird. Wir fürchten also mit Grund, die zum energischen Auftreten Deutschlands erforderliche Verständigung zwischen Oestreich und Preußen sei noch nicht erfolgt. Die Sprache ferner, die in Frankfurt geführt wird, verräth augenscheinlich, daß auch an der Verständigung mit den Regierungen der Mittelstaaten noch sehr viel fehlt, und wenn wir auf die hamberger Organe einiges Gewicht legen dürfen, so hofft man wol gar, Preußen durch Einschüchterung in einen Krieg zu treiben, von dem, weil es ihn nicht in der Hand behält, es keinen Nutzen und kein Ziel absieht.

Es wäre doch ein sehr verhängnißvoller Irrthum, wenn man glaubte, es noch mit dem Preußen von 1850 zu thun zu haben, und es ist jetzt die dringendste Aufgabe der preußischen Regierung, diesen Irrthum so entschieden als möglich aufzuklären. Mit der Fortsetzung der diplomatischen Verhandlungen allein wird es nicht gethan sein, Preußen muß dem gesammten deutschen Volk seine Auffassung der gegenwärtigen Situation vorlegen, es muß die Gründe auseinandersetzen, die es veranlassen, im gemeinsamen Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Fürsten in Bezug auf die gemeinschaftliche Operation bestimmte Forderungen zu stellen, die erfüllt sein müssen, ehe es einen Schritt weiter thut. Es wäre wünschenswerth gewesen und dem politischen Gebrauch am angemessensten, wenn diese Eröffnung vor dem versammelten Landtag hätte geschehen können; doch gibt es noch immer Mittel und Wege, eine Sache, die vor die Oeffentlichkeit gehört, an die Oeffentlichkeit zu bringen. Das Gefühl des deutschen Volks ist vortrefflich, es kommt nur darauf an, dies Gefühl aufzuklären und ihm eine Richtung zu geben; durch fortgesetztes Schweigen wird Preußen die Meinung nicht bestimmen.

Je länger man zögert, je drohender wird die Verwicklung. Es ist zwar schwer, aus der Ferne sich vom Kriegsschauplatz eine klare Vorstellung zu machen, aber die Lage von Varese und Como scheinen doch zu verrathen, daß die Oestreicher einen Theil ihrer Gegner unterschätzen. Steht erst ganz Italien in Flammen, so wird es vielleicht selbst dem Kaiser Napoleon schwer sein, dem von ihm angeregten Sturm Halt zu gebieten.

Eins von jenen Blättern, die eine unbedingte Hingebung an Oestreich fordern (welches beiläufig seine Gegner mit Wizen aus der Barbierstube abfertigt) bespricht sehr naiv die Wahrscheinlichkeit eines Friedens zwischen Oestreich und Frankreich, falls wir Oestreich nicht die Heeresfolge leisten: eines Friedens, in welchem Oestreich Süddeutschland nimmt und dafür die preußische Rheinprovinz an Frankreich abtritt. („Deutsche Blätter, ein Sprechsaal fein gebildeter Vaterlandsfreunde“). Was nun die österreichische Occupation Süddeutschlands betrifft, so überlassen wir es unsern Freunden in Süddeutschland, sich die Sache weiter auszumalen, in Bezug auf die

Abtretung der Rheinprovinz aber werden wir doch auch noch ein Wort mitzureden haben. Man erinnert immer an die Zustände von 1805 und 1806, aber man vergißt dabei, daß jenes Preußen in feiger und ehrloser Nachgiebigkeit sich von dem siegreichen Despoten ein Land schenken ließ, das ihm nicht gehörte, daß es nicht ehrlich genug war, einen so schimpflichen Vertrag zu verschmähen, nicht ruchlos genug, ihn in der Weise andrer damaliger deutschen Regierungen auszubeuten. Wir dagegen haben ein gutes Gewissen, wir haben die Hand nicht nach unserer Nächsten Gut ausgestreckt, wir sind bereit, unsere Bundespflichten weit über das festgesetzte Maß hinaus zu erfüllen, und im Verein mit den übrigen deutschen Staaten dem gemeinsamen Vaterland diejenige Stellung zu erkämpfen, die ihm gebührt, die es aber im Lauf der Geschichte noch nicht besessen hat. Wir haben keine andere als deutsche Gedanken, was wir verlangen, ist durch die Nothwendigkeit der Dinge geboten und im gemeinsamen Interesse aller.

Wenn unsere Regierung sich laut und energisch in diesem Sinn ausspricht, wenn sie jene Erklärung abgibt, die zunächst ganz Preußen erwartet, der aber auch das deutsche Gefühl überall entgegenkommen wird, so kann aus dieser höchst gefährlichen Krisis für Deutschland ein Vortheil erblühen, wie wir ihn noch vor wenigen Monaten nicht erwartet hätten. Denn daß es dem bestimmt ausgesprochenen Willen Preußens nicht gelingen sollte, etwaige kleinliche Bedenken, die sich dem patriotischen Zuge entgegensetzen könnten, leicht zu beseitigen, das kann nur derjenige annehmen, der an das deutsche Volk nicht glaubt. Den andern Fall auszumalen, daß eine Verständigung nicht zu Stande kommt, daß gar der Zweifel in offenen Gegensatz übergeht, das wird wol nicht nöthig sein. † †

Notiz der Redaction. — In diesem Heft sind von den verschiedenen Verfassern der politischen Artikel einzelne Nuancen verschieden aufgefaßt; in der Hauptsache wird man wol die Uebereinstimmung bemerken. — Die deutsche Presse sollte sich, um nicht ins Blaue zu streiten, klar machen, daß Preußen doch nicht ohne weiteres an Frankreich den Krieg erklären kann, sondern erst an den Kaiser bestimmte Forderungen stellen muß; diese zu formuliren, ist doch nicht so einfach. — Was den letzten Artikel von der preußischen Grenze betrifft, so ist eine preußische Erklärung eben (31. Mai) erfolgt:

Die Preußische Zeitung dementirt das Gerücht, „als stehe die Mission des General Willisen mit Absichten Preußens in Zusammenhang, die Reformfrage des deutschen Bundes jetzt anzuregen.“ Eine solche Erklärung in ihrer Unbestimmtheit wird freilich weder diejenigen befriedigen, welche, wie wir, eine Absicht Preußens, „die Reformfrage des Bundes jetzt anzuregen,“ lebhaft wünschen, noch die Gegner. Sollte die preußische Regierung wirklich entschlossen sein, die Reformfrage jetzt überhaupt nicht anzuregen, so würde auch darüber eine unumwundene Erklärung zweckmäßig sein, denn sie würde viele Streitigkeiten abschneiden, die, wenn sie zu nichts führen, nur schädlich sein können.

Verantwortlicher Redacteur: D. Moritz Busch — Verlag von F. V. Herbig
in Leipzig.

Druck von C. C. Elbert in Leipzig.